

Ergebnis vermerk zum Vorgehen betreffend die „IFG Kampagne Gläserne Gesetze“ (Stand: 13.7.2017)

Anlage:

Entwurf einer Pressemitteilung

Ergebnisse:

Bezüglich der **Veröffentlichung der Referentenentwürfe und Stellungnahmen der Verbände zu Gesetzgebungsverfahren der laufenden 18. Legislaturperiode** einigen sich die Ressorts wie folgt:

- Es werden Referentenentwürfe in der Form veröffentlicht, in der sie in die Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO gegangen sind.
- Sofern keine Verbändebeteiligung erfolgt ist, werden die ressortabgestimmten Referentenentwürfe veröffentlicht.
- Es werden die aufgrund der Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen der Verbände veröffentlicht. Dazu wird den Verbänden vorab schriftlich mitgeteilt, dass die Stellungnahmen veröffentlicht werden sollen, und diesen die Möglichkeit eines Widerspruchs gegeben. Zudem wird den Verbänden die Möglichkeit gegeben, eventuelle personenbezogene Daten aus den Dokumenten zu entfernen bzw. zu schwärzen und die überarbeitete Stellungnahme zur Veröffentlichung einzureichen. Als Beispiel für das Anschreiben an die Verbände wird ein Mustertext erstellt und im Ressortkreis verteilt.
- Die Veröffentlichung erfolgt über den Internetauftritt der jeweiligen Ressorts. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte die Veröffentlichung über die im Rahmen der E-Gesetzgebung geschaffene digitale Plattform erfolgen.
- Mit der Veröffentlichung der Referentenentwürfe und Stellungnahmen von Verbänden in Gesetzgebungsverfahren der 18. Legislaturperiode wird unverzüglich begonnen. Um den Arbeitsanfall in den Ressorts handhabbar zu halten, sollen die Einstellungen sukzessive in der Reihenfolge des Eingangs der IFG-Anträge erfolgen.

Mustertext des BMJV bei Beteiligung von Verbänden:

"Bitte beachten Sie, dass die von Ihnen eingereichten Stellungnahmen grundsätzlich auf unserer Internetseite publiziert werden. Dies umfasst auch Namen und sonstige personenbezogene Daten, die in dem Dokument enthalten sind. Dazu bitten wir darum, die Stellungnahme in einem PDF-Format einzureichen.

Sofern Sie mit der Veröffentlichung personenbezogener Daten nicht einverstanden sind, bitten wir, diese aus dem Dokument zu entfernen. Falls Sie der Publikation im Internet insgesamt widersprechen, wird auf der Internetseite des [Name des Ressorts] lediglich vermerkt, dass eine Stellungnahme eingereicht wurde und wer diese verfasst hat."

Gelöscht: protokoll

Gelöscht: in derr

Gelöscht: Ressortbesprechung

Gelöscht: am 05.07.2017

Gelöscht: 15:00-17:30 Uhr, Bundesministerium des Innern (Berlin/Bonn) ¶

Gelöscht: n

Gelöscht: 1) Teilnehmerliste ¶ 2)

Gelöscht: 1)

Gelöscht: anwesenden Vertreter der

Gelöscht: (Die Einigung zu Buchstabe c erfolgte nach der Ressortbesprechung im schriftlichen Verfahren)

Gelöscht: :

Gelöscht:

Gelöscht:

Gelöscht: ehen

Gelöscht:

Gelöscht:

Gelöscht: des

Gelöscht: 2) Bezüglich der Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Stellungnahmen von Verbänden zukünftiger Gesetzgebungsverfahren ab der 19. Legislaturperiode besteht Einigkeit, dass eine neue Bundesregierung durch Regelung für die 18. Legislaturperiode nicht gebunden werden soll und sie selbst entscheiden können, wie sie mit Veröffentlichungen umgehe. einigen sich die anwesenden Ressortvertreter unter dem Leitungsvorbehalt der politischen Grundentscheidung für eine proaktive Veröffentlichung in der Zukunft wie folgt: ¶ Das Verfahren entspricht dem der Veröffentlichung von bereits abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren (Siehe Punkt 1). ¶ Als spätmöglicher Zeitpunkt der Veröffentlichung wird der Kabinettschluss über den Gesetzesentwurf bestimmt. ¶ Bei der Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO soll zukünftig ein Hinweis beispielsweise entsprechend dem vom BMJV bereits übersandten Mustertext (siehe unten) verwendet werden. ¶

Weiteres Vorgehen: ¶

<#>Abstimmung über eine Pressemitteilung der Bundesregierung zur Veröffentlichung der Dokumente bis 06.07.2017 DS. ¶

<#>BK Amt klärt, wie sich die St Runde am 03.07.2017 zum Thema der zukünftigen proaktiven Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Verbändestellungnahmen positioniert hat. ¶

2) Bezüglich der **Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Stellungnahmen von Verbänden zukünftiger Gesetzgebungsverfahren ab der 19. Legislaturperiode** besteht Einigkeit, dass eine neue Bundesregierung durch Regelung für die 18. Legislaturperiode nicht gebunden werden soll und sie selbst entscheiden können, wie sie mit Veröffentlichungen umgehe. einigen sich die anwesenden Ressortvertreter unter dem Leitungsvorbehalt der politischen Grundentscheidung für eine proaktive Veröffentlichung in der Zukunft wie folgt:

Das Verfahren entspricht dem der Veröffentlichung von bereits abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren (Siehe Punkt 1).

Als spätmöglicher Zeitpunkt der Veröffentlichung wird der Kabinettsbeschluss über den Gesetzesentwurf bestimmt.

Bei der Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO soll zukünftig ein Hinweis beispielsweise entsprechend dem vom BMJV bereits übersandten Mustertext (siehe unten) verwendet werden.

Weiteres Vorgehen:

Abstimmung über eine Pressemitteilung der Bundesregierung zur Veröffentlichung der Dokumente bis 06.07.2017 DS.

BKAmt klärt, wie sich die St Runde am 03.07.2017 zum Thema der zukünftigen proaktiven Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Verbändestellungnahmen positioniert hat. BMI übersendet unverzüglich ein Ergebnisprotokoll der Ressortbesprechung an die Teilnehmer.